

12.03

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! „Ja, endlich!“, könnte man sagen. Das ist das Positive an diesem Antrag, der hier eingebracht wurde, um österreichische Unternehmen des Handwerks bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen in der Schweiz zu unterstützen.

„Endlich!“, das hat einen Grund. Herr Minister, ich stelle Ihnen eine Frage: Was passiert mit einem Unternehmen, das auf sich ändernde Rahmenbedingungen in der Wirtschaft nicht sofort reagiert? – Ich kann es Ihnen sagen: Dieses scheint dann innerhalb kürzester Zeit in Ihrer Insolvenzstatistik auf, weil es nicht überleben wird!

Bei diesem Antrag in der Politik ist es grundsätzlich anders, da heißt es: „Gut Ding braucht Weile.“ Wenn man davon ausgehen könnte, dass dann, wenn diese Weile länger dauert, ein gutes Ding herauskommt, wäre das noch verständlich. Meistens ist es aber so, dass diese Weile ewig dauert und kein Ding mehr herauskommt. Genau so ist es bei diesem Antrag, das muss ich Ihnen schon sagen. Wissen Sie, wenn man ganz böse wäre, dann könnte man jetzt behaupten: Das ist ein Paradebeispiel dafür, dass Sie zeigen, dass Sie für kleine und mittlere Unternehmen **gar nichts** übrig haben!

Vor einem Jahr, am 1. April 2007, hat die Schweiz die Rahmenbedingungen für diese grenzüberschreitenden Dienstleistungen gewaltig verschärft. Das fängt bei der Meldefrist an – man muss es acht Tage vorher melden, wenn man eine Arbeit in der Schweiz ausführt –, und das reicht bis hin zu diversen anderen Sachen, zum Abführen von Geldern, zu Beitragspflichten gegenüber schweizerischen Berufsverbänden und ähnlichen Dingen mehr. Passiert ist aber seit einem Jahr so gut wie nichts. Ich kann Ihnen erklären, warum es so gut wie nichts ist, weil dann meine Nachredner hier wahrscheinlich erklären wollen, was alles schon gemacht wurde.

Seit 1. April 2007, also seit mehr als einem Jahr, sind österreichische Firmen speziell in Vorarlberg, in Grenznähe, von diesem Problem betroffen. Es handelt sich ausschließlich um Klein- und Mittelbetriebe. Denn alle Großbetriebe haben Niederlassungen in der Schweiz, und sie betrifft das Problem nicht.

Die Argumentation, die teilweise auch von der ÖVP im Land gekommen ist, ist die, dass Firmen sich die Möglichkeit suchen oder offen halten wollen, in der Schweiz eine Niederlassung zu gründen. Dazu sage ich Ihnen, dass Kleinfirmen mit zwei oder drei Mitarbeitern sich das erstens nicht leisten können und dazu nicht in der Lage sind; und

zweitens fördert es nicht unbedingt den Arbeitsstandort Österreich, wenn man Arbeitskräfte in die Schweiz auslagern möchte. – Das ist das Erste.

Ich habe im Juni des letzten Jahres hier in diesem Hohen Haus einen Antrag eingebracht, habe damals eine Antragskopie dem Herr Bundesminister zur Verfügung gestellt und ihn gebeten, bei den Gesprächen mit der Schweiz im Juli auf dieses Thema einzugehen. Das hat der Herr Bundesminister dankenswerterweise gemacht, das muss man ihm zugestehen; herausgekommen ist allerdings nichts. Was mich aber schon gewundert hat, ist, dass Anfang September bei einer Informationsveranstaltung im Wirtschaftsministerium, bei der ich anwesend war, Sektionschef Mayer mir auf meine konkrete Frage zu diesem Thema absolut keine Auskunft erteilen konnte, weil dies im Wirtschaftsministerium überhaupt nicht bekannt war.

Mein Antrag, den ich im Juni eingebracht hatte, also drei Monate, nachdem diese Probleme bekannt geworden waren, wurde am 10. Oktober 2007 mit den Stimmen der zwei großen Parteien, der Koalitionspartner, im Wirtschaftsausschuss vertagt – ein Antrag, der genau dieses Thema betrifft! Und zwei Monate nach dem Oktober, nämlich am 6. Dezember, bringt die ÖVP gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner einen neuen Antrag ein, der genau dieses Problem wieder anspricht und der am 1. April, also genau ein Jahr nach Bekanntwerden dieser Probleme, im Wirtschaftsausschuss behandelt wurde. Dem haben wir selbstverständlich zugestimmt, weil wir ja wollen, dass endlich etwas passiert.

Was ich Ihnen damit aufzeigen möchte, ist nicht, dass jetzt etwas passiert. Das ist wichtig, Herr Bundesminister, und ich habe wirklich die Bitte an Sie: Schauen Sie, dass jetzt schnell etwas passiert! Denn so, wie wir das kennen, dauert es im österreichischen Parlament in der Zwischenzeit ein Jahr, bis man sich für die Probleme von Klein- und Mittelbetrieben interessiert und sich darum kümmert, und in der EU dauert es dann wahrscheinlich zwei oder drei Jahre.

Wissen Sie, wenn kleine und mittlere Betriebe in unmittelbarer Grenznähe zur Schweiz – speziell betroffen ist das Bundesland Vorarlberg – sich auf die Politik nicht mehr verlassen können, und zwar darauf, dass man solche Rahmenbedingungen schnellstens ändert, und dann drei Jahre warten müssen, bis sich überhaupt etwas tut, dann haben sie zugesperrt, und Ihre Insolvenzstatistik wird im nächsten Jahr vielleicht nicht mehr so gut ausschauen, wie sie noch im Jahr 2006 ausgesehen hat! Das befürchte ich, und deswegen ist hier wirklich Eile geboten.

Ich bitte wirklich alle Beteiligten, sich dafür einzusetzen, dass diese Probleme aus dem Weg geräumt werden. Zeigen Sie endlich auch einmal Ihr Herz für kleine und mittlere Unternehmen, nicht immer nur für die Großindustrie! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

12.08

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Kopf. 2 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte, Herr Kollege.